



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 01.11.2024 bis 08.11.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Ägypten: Ein Blick hinter den Schleier	3
Argentinien: Begeht erstmals „Tag der evangelischen Kirchen“	5
D.R. Kongo: Vier Soldaten wegen Plünderung einer Pfarrgemeinde zum Tode verurteilt	6
Deutschland: Abgeschobener Asylbewerber wieder eingereist	7
Deutschland: Kircheneinbrecher verursachen 10.000 Euro Schaden	8
Deutschland: Kritik an Münchner „Palästina-Camp“ nimmt zu	9
Indonesien: Ordensfrau unter den Opfern des Vulkanausbruchs	11
Irak/Libanon: Ein Iraker im Libanon	12
Iran: Trotz Christenverfolgung starkes Gemeindegewachstum	13
Israel: Der souveräne Gott	14
Jordanien: Bombendrohung im christlichen Buchladen	15
Mali: Islamisten fordern von Christen „Schutzsteuer“	16
Moldawien: Arbeitet mit Teenagern	17
Myanmar: Militär bombardiert Kirche	18
Nigeria: Katholischer Priester entführt	19
Nigeria: Rektor des Kleinen Seminars ist frei	20
Pakistan: Muslimische Bürgerwehren gemeinsam mit Behörden gegen Christen	21
Russland: "Kinder auf unseren Straßen leiden an geistlichem Hunger"	23
Sudan: Christliche Flüchtlinge aus ihren Häusern vertrieben	24
Uganda: 14 Menschen durch Blitzschlag im Gottesdienst getötet	26
Ukraine: Etwa 300 Ermittlungs- bzw. Strafverfahren gegen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen	27
Vietnam: Gefangener des Monats	29
Weltweit: Adventisten verzeichnen größten Mitgliederzuwachs ihrer Geschichte	30

Ägypten: Ein Blick hinter den Schleier

findet ein Christentum, das diskriminiert und um Zukunftschancen gebracht wird

(IDEA) Ägypten, das Urlaubsparadies. Noch zu Weihnachten kann man im Meer baden, Sportmöglichkeiten in Hülle und Fülle nutzen, tolle Nil-Kreuzfahrten erleben und Pyramiden besichtigen. Doch wer hinter den Schleier des Urlaubsparadieses blickt, findet dahinter ein Christentum, das diskriminiert und um Zukunftschancen gebracht wird. **Das Hilfswerk Christen in Not (CiN) gibt Einblick.**

Der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi zeigt sich gerne bei koptischen Gottesdiensten und erlaubt auch Kirchenneubauten. Damit scheint vordergründig in Ägypten alles gut zu sein – wenn da die schwärende Wunde zahlreicher entführter christlicher Mädchen und junger Frauen durch muslimische Männer nicht wäre. Allein im Zeitraum vom 10. Juni bis 10. Juli 2024 wurden im Umkreis der Projektarbeit von CiN in al-Minya, Luxor und Asyut sowie in der Region Kairo sieben junge Mädchen im Alter von 16 bis 26 Jahren entführt. Offizielle Zahlen gibt es nicht, doch die in den USA ansässige Organisation „Coptic Solidarity“ vermutet, dass Hunderte koptischer Christinnen jährlich verschwinden. Einige tauchen in den Sozialen Medien wieder auf, wo sie ihren Glaubensübertritt zum Islam verkünden. Von anderen fehlt jede Spur. Während die einen Täter sich mit dem Verkauf der Christinnen bereichern wollen, treibt andere der antichristliche Hass an.

Nach dem Examen entführt

Eine der Betroffenen ist Arene. Die 20-jährige Christin wurde am 22. Januar nach ihrer ersten Prüfung an der medizinischen Fakultät in Asyut (Oberägypten) entführt. In der Tasche hatte sie umgerechnet 2,75 Euro, ein Stethoskop für medizinische Untersuchungen und einige Prüfungsunterlagen. Sie hatte ihr ganzes Leben vor sich: Ein Studium, das sie gerade erst begonnen hatte, eine Familie, die ihr dieses Studium mit vielen persönlichen Opfern ermöglichte, und ein Leben in Selbstbestimmung. Die Familie und die Kirche fanden durch eigene Ermittlungen heraus, dass sich Arene im Dorf Amarna, dem Zentrum von El-Balyana im Gouvernement Sauhadsch, befinden könnte. Die erst spät gestarteten behördlichen Untersuchungen verliefen trotz der Hinweise im Sande und Arene blieb verschwunden. Ihr Vater ist verzweifelt: „Ich schlafe nachts nicht. Ich bitte jeden, der mit uns fühlt, um Hilfe. Ich möchte meine Tochter wieder bei mir haben, tot oder lebendig. Ohne Gewissheit über ihr Schicksal kann ich nicht weiterleben.“ Auch wenn die Wahrscheinlichkeit sehr gering ist, hofft Arenes Familie, sie eines Tages wiederzusehen. Viele Mädchen erwartet die Zwangsislamisierung und -verheiratung, teilweise auch der Verkauf als Sklavin in Länder wie Saudi-Arabien, Somalia oder Libyen.

Zögerliche Behörden

In allen Fällen wie dem von Arene sind die Behörden eher zögerlich. Allzu oft heißt es zunächst, die Mädchen seien aus Liebe zu einem Jungen wohl davongelaufen. So eine „Liebesaffäre“ ist fast immer eine Schutzbehauptung der Beamten, um nicht sofort tätig werden zu müssen.

Oft fehlt den eher armen christlichen Familien das Bestechungsgeld um die unterbezahlten Polizisten zum schnellen Einsatz zu „motivieren“. Doch auch latenter Islamismus in deren Reihen lähmt die Ermittlungen und mindert den Erfolg auf Befreiung deutlich. In wenigen Fällen können die selbst ermittelnden Familien und Kirchen ein Lösegeld aushandeln und das Mädchen so freikaufen.

Kleines Wunder

Wovon Arenes Eltern noch träumen, hat die Familie der 22-jährigen Demiana (Name geändert) aus al-Fayyum, einer Großstadt in Nordägypten, erlebt. Die Sportstudentin, Schwimmtrainerin und Tochter eines international tätigen Schiedsrichters für den Ringkampsport konnte ihren Entführern am 10. Juli entkommen und nach Hause fliehen. Vier Tage zuvor war sie verschleppt worden. Aus Angst vor Vergeltung oder einer erneuten Entführung will sie keine Details erzählen. CiN sorgt für die psychologische Betreuung der jungen Christin. Der Weg zurück in die Normalität wird lang. Während die Entführung einer Christin im muslimischen Ägypten keine Empörung auslöst, würden die Reaktionen unter umgekehrten Umständen in Europa wohl extrem ausfallen.

Vorurteile bekämpfen

Pastor Magdy weiß um den Einfluss der verbotenen radikalislamischen Muslimbrüder abseits der zentralen Städte wie Alexandria, Kairo oder Luxor. Sie verbreiten stereotype Vorurteile, etwa dass Christen minderwertig und unrein sind, den Islam ablehnen oder Muslime zum Christentum bekehren wollen. Gerade in diesen Regionen kommt es nicht nur gehäuft zu Entführungen, sondern auch zu den meisten Übergriffen auf Christen im Allgemeinen. Auch Magdy erlebte in seinem Dorf nahe der südägyptischen Provinzstadt al-Minya viele Anfeindungen aufgrund seines Berufs als Pastor. Da dieser im Ausweis vermerkt ist, kann er ihn nicht verbergen. Aus diesem Grund bekommt etwa seine Frau keine Arbeitsstelle als Krankenschwester in einem staatlichen Krankenhaus – eine typische Form der Alltagsdiskriminierung. Um die Vorurteile in der Bevölkerung abzubauen, betreibt der Pastor und CiN-Partner seit 2017 eine Schule für gehörlose und geistig behinderte Kinder. Trotz Unterstützung durch den Bürgermeister war die Angst unter den muslimischen Eltern vor der Missionierung ihrer Kinder im ersten Jahr groß. Heute sind die monatlich angebotenen Sprechtage, in denen die Eltern im Umgang mit ihren Kindern geschult werden, sehr beliebt. Ebenso gerne werden die Ausbildungen für Mädchen zur Schneiderin, Friseurin oder Kosmetikerin sowie Lesekurse für erwachsene Analphabeten genutzt. Im Dorf glaubt mittlerweile niemand mehr die antichristliche Propaganda der Muslimbrüder. Die in die Tat umgesetzte Nächstenliebe, die uns das Evangelium aufträgt, ist erfolgreicher als viele interreligiöse Schönwettergespräche.

Dieser Artikel ist im IDEA-Spezial „Christenverfolgung“ erschienen. Jetzt Heft [bestellen](#).

Argentinien: Begeht erstmals „Tag der evangelischen Kirchen“

Die Protestanten hatten sich 20 Jahre um die Anerkennung des Tages

Buenos Aires (IDEA) – Erstmals hat Argentinien den „Tag der evangelischen und protestantischen Kirchen“ begangen. Am 28. Oktober fand im Beisein der Vizepräsidentin Victoria Villarruel und anderer hochrangiger Politiker ein Festakt im Libertad-Palast in Buenos Aires statt. Die Veranstaltung war Auftakt der einwöchigen Feierlichkeiten mit mehreren Veranstaltungen auf nationaler und regionaler Ebene sowie über die Sozialen Medien. Zukünftig fällt der „Tag der evangelischen und protestantischen Kirchen“ auf den Reformationstag (31. Oktober). Dieser ist bereits seit 2017 offizieller Gedenktag in Argentinien. Wie die Nachrichtenplattform „Christian Daily“ berichtet, war der Festakt für die protestantischen Kirchenführer des Landes sehr emotional. Ein Video zu Beginn des Abends habe die „bedeutende geistliche und soziale Arbeit der evangelischen Gemeinschaft im Land“ beleuchtet, etwa den Einsatz protestantischer Lehrerinnen beim Aufbau öffentlicher Schulen. Weiter heißt es: „Nach Jahren des Engagements, der Verachtung und der Bezeichnung als ‚Ketzer‘ feierte die evangelische Kirche ihre erste offizielle Anerkennung als Religion und Institution durch die nationale Regierung.“ Die Protestanten hatten sich 20 Jahre um die Anerkennung des Tages bemüht. Von den rund 47 Millionen Einwohnern Argentiniens sind 62,9 Prozent Katholiken und 15,3 Prozent Protestanten.

D.R. Kongo: Vier Soldaten wegen Plünderung einer Pfarrgemeinde zum Tode verurteilt

Kinshasa (Fides) - Vier Soldaten der kongolesischen wurden am 31. Oktober von einem Militärgericht in Butembo, Nord-Kivu (Osten der Demokratischen Republik Kongo), zum Tode verurteilt.

Den vier Soldaten wird vorgeworfen, die Pfarrei „Sainte Joséphine Bakhita“ in Mabambi während des Belagerungszustandes und während der Operationen gegen lokale Guerillagruppen geplündert zu haben.

Die Soldaten wurden des Diebstahls, der Plünderung, des Vandalismus gegen eine Kirche und der Verletzung der Anweisungen des Belagerungszustandes für schuldig befunden.

Das Todesurteil wurde in eine Freiheitsstrafe umgewandelt.

Das Gericht ordnete Schadenersatz für die Opfer und die Rückgabe der geplünderten Gegenstände an und erinnerte die Verurteilten an ihr Recht, beim Militärgericht von Nord-Kivu Berufung einzulegen.

Soldaten der kongolesischen Streitkräfte (FARDC) werden häufig beschuldigt, gewaltsam gegen Zivilisten vorzugehen und zu plündern. Die Provinz Nordkivu ist seit Mai 2021 im Belagerungszustand, der dem Militär weitreichende Befugnisse einräumt.

(L.M.) (Fides 5/11/2024)

Deutschland: Abgeschobener Asylbewerber wieder eingereist

Hamburg: Er war von der Polizei aus dem Kirchenasyl geholt worden

Hamburg (IDEA) – Der 29-jährige Afghane, der Ende September aus einem Kirchenasyl in Hamburg heraus abgeschoben worden war, ist wieder in Deutschland. Das berichtet die „Hamburger Morgenpost“. Der Mann sei kurz nach der Überstellung nach Schweden wieder in Deutschland eingereist. Er habe sich in Hamburg den Behörden gestellt und erneut Asyl beantragt. Zur Zeit befinde er sich in Abschiebehaft. Der Bruch des Kirchenasyls durch die Hamburger Polizei hatte zu einem öffentlichen Streit zwischen den Kirchen und der Innenbehörde in Hamburg geführt. Der junge Mann war 2015 aus Afghanistan nach Schweden geflüchtet, wo sein Asylantrag abgelehnt wurde. Daraufhin kam er im März nach Hamburg und stellte dort einen weiteren Asylantrag, der auch abgelehnt wurde. Seit August befand er sich im Kirchenasyl in der katholischen Pfarrei Heilige Elisabeth in Hamburg-Bergedorf. Die Gemeinde reichte beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein „Härtefalldossier“ ein, das aber ebenfalls abgelehnt wurde. Der Asylbewerber ist nach Angaben des katholischen Erzbistums Hamburg psychisch krank und suizidgefährdet. Die Bischöfin im Sprengel Hamburg und Lübeck der Nordkirche, Kirsten Fehrs, und der katholische Hamburger Erzbischof Stefan Heße hatten den Bruch des Kirchenasyls durch die Behörden [kritisiert](#). Sie forderten, die Kirchenasyle müssten respektiert werden. Der Hamburger Innensenator Andy Grote (SPD) hatte den Kirchen im Gegenzug [vorgeworfen](#), sich nicht an die Vereinbarungen mit dem Staat zu halten. Demnach müssen Kirchenasyle beendet werden, wenn ein Härtefalldossier vom BAMF abgelehnt wird. Das werde von den Kirchen aber „gerne vergessen“, so Grote.

Deutschland: Kircheneinbrecher verursachen 10.000 Euro Schaden

Leipzig: In einem weiteren Fall wird die Höhe des Schadens noch geprüft

Leipzig (IDEA) – Unbekannte haben beim Einbruch in eine Kirche in Leipzig einen Sachschaden von rund 10.000 Euro angerichtet. Das teilte die Polizei Leipzig mit. Die Tat ereignete sich in der Nacht auf den 3. November. Wie die Täter in das Gebäude im Stadtteil Neustadt-Neuschönefeld gelangen konnten, sei noch nicht bekannt. Im Innenbereich brachen sie sechs Türen auf und durchsuchten mehrere Räume. Sie stahlen aus einer Spendenkasse eine niedrige dreistellige Summe Bargeld sowie Schlüssel zu weiteren Kirchenobjekten. Im gleichen Zeitraum gab es einen weiteren Einbruch in eine Kirche im Stadtteil Schleußig. Dort brachen die Täter durch eine Seitentür ein und öffneten im Innern gewaltsam weitere Türen. Ob bei dem Einbruch etwas gestohlen wurde, ist nach Angaben der Polizei noch nicht bekannt. Auch die Höhe des Sachschadens könne noch nicht beziffert werden. Die Kriminalpolizei ermittelt wegen schweren Diebstahls.

Deutschland: Kritik an Münchner „Palästina-Camp“ nimmt zu

Den Betreibern wird eine Nähe zur Terrormiliz Hamas vorgeworfen

München (IDEA) – Ein „Palästina-Camp“ auf dem Gelände der Ludwig-Maximilians-Universität in München ist in die Kritik geraten. Den Betreibern wird eine Nähe zur Terrormiliz Hamas vorgeworfen. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ) hatte sich der Al-Jazeera-Journalist Ashraf Al-Sarraj im Juli 2024 per Video zu einer Veranstaltung im seit Mitte Mai bestehenden Camp zugeschaltet. Dabei habe er die Anwesenden über die Geschehnisse im Gazastreifen informiert. Al-Sarraj habe jedoch schon im September 2023 ein Video auf Instagram von einer militärischen Übung der Kassam-Brigaden veröffentlicht, dem militärischen Flügel der Hamas. Es zeige genau die gleichen Manöver, die diese kurze Zeit später bei ihrem [Angriff auf Israel](#) am 7. Oktober angewandt hätten. Al-Sarraj sei überdies einer von sechs Journalisten, denen die israelischen Streitkräfte öffentlich die Mitgliedschaft bei der Hamas vorwerfen. Sie hätten auch Dokumente vorgelegt, die dies bezeugen sollen. Das gleiche gelte für den ebenfalls im Camp zugeschalteten Hossam Shabat. Der Sender Al Jazeera habe die Anschuldigungen als Lüge zurückgewiesen.

Aktivisten feiern getöteten Hamas-Anführer

Die SZ stützt ihren Bericht unter anderem auf Informationen der Fachinformationsstelle Rechtsextremismus München (firm). Sie liste zahlreiche Fälle auf, die eine Nähe der Münchner Aktivisten zur Hamas dokumentierten. Darunter seien immer wieder Beiträge einer jungen Frau, die auf Instagram sehr aktiv sei. Dort bekunde sie ihre Sympathien für zahlreiche Seiten bekannter Salafisten und weiterer Konten aus dem islamistischen Spektrum. „Zudem teilte sie in der [Vergangenheit](#) Reden der ‚Kalifatsdemo‘ in Hamburg und anti-israelische Sticker der Neonazi-Partei ‚Der Dritte Weg‘.“ Am 7. Oktober 2023 habe sie den Terroranschlag auf Israel in den sozialen Medien gefeiert und Hamas-Anführer Jahia Sinwar nach dessen Tötung im Oktober als einen der „wichtigsten, edelsten, ehrenhaftesten und gerechtesten Führer der Geschichte“ bezeichnet. Ein anderer Camp-Redner lobte den Mut des Hamas-Führers „im Angesicht des Feindes“. Eine Anfrage an das Camp, warum eine Distanzierung von Personen, die sich derart äußerten, bislang nicht geschehen sei, ließen die Aktivisten laut SZ unbeantwortet.

Jüdische Studenten: Platz ist zur „No-Go-Area“ für Juden geworden

Der Verband jüdischer Studenten in Bayern (VJSB) rief angesichts dieser Entwicklung die Stadtverwaltung auf, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass Antisemitismus vor Münchner Hochschulen keinen Platz habe. In einer auf Instagram veröffentlichten Stellungnahme beklagte der Verband, dass der Professor-Huber-Platz vor der Universität für jüdische Studenten zu einer „No-Go-Area“ geworden sei. Auch wenn das Camp auf Anordnung des Kreisverwaltungsreferats kürzlich verkleinert worden sei, hingen auf dem Gehsteig weiterhin zahlreiche Banner und auch ein Pavillon stehe dort. Es sei den Studenten somit kaum mehr möglich, Abstand zu dem Camp zu halten, wenn sie die Universität betreten wollten. Der VJSB verweist zudem darauf, dass die Stadtverwaltung bereits vor der Veröffentlichung des SZ-Artikels mindestens von dem Vortrag „des mutmaßlichen Hamas-Mitglieds Ashraf Al-Sarraj“ gewusst habe. „Dennoch durfte die antisemitische Propaganda in sogenannten Workshops weiter verbreitet werden und das Camp konnte ohne Auflagen bestehen bleiben.“ Da die Stadt angebe, antisemitische Vorfälle genau im Blick zu haben, sei davon auszugehen, dass sie auch über die weiteren Fälle informiert gewesen sei.

Spaenle: Stadtverwaltung soll Räumung veranlassen

Der bayerische Antisemitismusbeauftragte Ludwig Spaenle (CSU) forderte laut einer Mitteilung die Räumung des Camps durch die Stadtverwaltung: „Die Zeit der Toleranz und des Hinnehmens der Unterstützung von Terroristen ist vorbei.“ Spaenle begründete seine Forderung mit dem Bericht der SZ. Die Betreiber des Camps würden auf diese Weise die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die der deutsche Rechtsstaat grundsätzlich schütze, die aber ihre Grenzen im Recht habe, „mit Füßen treten“. Die Hamas habe Menschen mit Gewalt und Mord überzogen. „Hetze, Gewaltverherrlichung und Anstiftung zu Aggression und Mord“ hätten in Deutschland nichts zu suchen und dürften auch nicht geduldet werden, so Spaenle.

Kreisverwaltungsreferat: Das Problem ist bekannt

Das Kreisverwaltungsreferat räumte zwar auf SZ-Anfrage ein, dass die von der firm dokumentierten Belege dort bekannt seien. Die Behörde sehe „die fehlende Abgrenzung von Terrororganisationen und die antisemitischen Vorfälle bei der Dauermahnwache sehr kritisch“. Das genüge jedoch nicht, um ein Versammlungsverbot auszusprechen. Die Versammlungsfreiheit in Deutschland sei ein hohes Gut, ein Verbot käme nur als ultima ratio infrage. Trotz der strafrechtlichen Relevanz einzelner im Camp getätigter Aussagen sei darin keine konkrete Gefahr für Leib und Leben erkennbar. Es sei nicht die Aufgabe des Referats, politische Konflikte durch Beschränkung von Grundrechten aufzulösen, so eine Sprecherin gegenüber der Zeitung.

Indonesien: Ordensfrau unter den Opfern des Vulkanausbruchs

Suche nach Opfern geht weiter

Maumere (Fides) - Schwester Nikolin Padjo, Mitglied der Steyler Missionsschwestern, gehört zu den Opfern des unerwarteten Ausbruchs des Vulkans Lewotobi Laki-laki auf der Insel Flores in der Nacht vom 2. auf den 3. November.

„Der Vulkan, der sich zwischen den Provinzen Larantuka und Maumere auf der Insel Flores befindet, erwachte plötzlich und verursachte einen starken Ausbruch mit Lava, Asche und großen Trümmern, die die Bewohner von Hunderten von Familien in fünf Dörfern in Mitleidenschaft zogen“, schreibt Pater Luigi Galvani, der als Kamillianer-Missionar in Flores tätig ist und erst einige Tage vor dem Ausbruch aus Italien zurückgekehrt war, an Fides. „Mehrere Felsbrocken, auch von den Seiten des Vulkans, fielen auf die Dächer der Häuser und töteten eine noch unbestimmte Anzahl von Bewohnern, darunter Schwester Nikolin vom Kloster St. Gabriel, das von 75 Ordensschwestern und Postulantinnen bewohnt wird. Die Rettungskräfte suchen derzeit nach weiteren Opfern, die vermutlich unter den eingestürzten Gebäuden eingeschlossen sind“.

„In den fünf am schlimmsten betroffenen Dörfern leben mehr als 1.500 Menschen, die derzeit in Evakuierungszentren untergebracht sind“, fährt der Missionar fort. „Soforthilfemaßnahmen der Regierung, privater Organisationen und zahlreicher freiwillige Helfer, darunter auch einige aus unserer Kamillianer-Mission, wurden umgehend auf den Weg gebracht. Derzeit werden vor allem Zelte, Lebensmittel, Trinkwasser, Masken, Medikamente und Schlafmatten benötigt“.

„Einige Pfarreien haben bereits Schulgebäude und Gemeinderäume zur Verfügung gestellt, um die Aufnahme von Hunderten von Betroffenen zu erleichtern, und sogar öffentliche Küchen organisiert. Die Hilfsbereitschaft ist groß und wir hoffen, dass der Vulkan Lewotobi bald zur Ruhe kommt und Hunderte von Familien in ihre Häuser zurückkehren können“, so Pater Luigi abschließend.

Infolge des Ausbruchs sind derzeit die verschiedenen Flughäfen der Insel, Maumere, Larantuka, Ende, Ruteng, Bajawa und Labuanbajo, geschlossen. Nur einige große Schiffe können die verschiedenen Häfen und insbesondere den Hafen der Stadt Kupang auf der Insel Timor anlaufen.

(AP) (Fides 5/11/2024)

Irak/Libanon: Ein Iraker im Libanon

1999 zog ein Iraker, der im Irak zu Christus gekommen war und in Jordanien eine Ausbildung an der Bibelschule absolviert hatte, mit seiner Frau in den Libanon, wo er eine Gemeinde leitete und gleichzeitig weitere theologische Studien absolvierte. Vier Jahre später zogen sie zurück in den Irak, ließen sich in einer örtlichen Gemeinde nieder und gründeten eine Kirchengemeinde.

Die militanten Islamisten in der Gemeinde machten ihre Feindseligkeit bald durch Schießereien aus dem Auto heraus, Bombenanschläge auf Kirchen und Entführungen von Christen deutlich. Bei einem dieser Angriffe wurde der Mann in den Rücken geschossen und ins Krankenhaus eingeliefert, aber auch dort versuchten seine Feinde weiterhin, ihn zu töten. Obwohl er nun behindert war, wurde er aus dem Land in den Libanon geschmuggelt, wo nach sechsmonatiger Krankenhausbehandlung klar wurde, dass er den Rest seines Lebens im Rollstuhl verbringen würde. Unbeirrt setzte er seinen christlichen Dienst fort und ist heute Pastor einer wachsenden Gemeinde im Libanon.

Voice of the Martyrs/ Bridgeway Publications 15 October 2024/ übersetzt und bearbeitet AKREF

Iran: Trotz Christenverfolgung starkes Gemeindegewachstum

Wie eine Bibelschule in England mit Online-Kursen iranische Gemeindeleiter ausbildet

London/Teheran (IDEA) – Trotz der Christenverfolgung im Iran zählt das Land zu den Staaten mit dem schnellsten Gemeindegewachstum. Das berichtet der Leiter der Bibelschule „Pars“ in England, Mehrdad Fatehi. „Pars“ bildet von Europa aus über ein Online-Programm Gemeindeleiter im Iran aus. Daran nehmen laut Fatehi derzeit rund 200 Studenten teil. Die Bibelschule wurde 2010 von iranischen Pfarrern, Seelsorgern und anderen Mitarbeitern gegründet, die im Exil leben. Ihr Konzept fußt auf Unterrichtsstunden, die in einem kürzlich neu eingerichteten Studio bei London aufgezeichnet und in ein Online-Lern-Programm eingefügt werden. Die Studenten im Iran erhalten einen sicheren Internetzugang und können dann über ihre Studentenummer das Onlineportal betreten und haben so Zugang zu ihren Kursen. Fragen an die Lehrer können sie in Webinaren stellen. Mit ihrem Tutor stehen sie regelmäßig durch E-Mails in Kontakt. Jeder der Studenten wird von einem Mentor begleitet. Das „Pars Theological Center“ verfügt derzeit über elf Tutoren und 38 Mentoren. Damit iranische Gemeindeleiter die Möglichkeit haben, einander zu begegnen, organisiert „Pars“ ferner jährlich ein Treffen in einem der Nachbarländer des Iran.

Iranische Religionspolizei geht gegen Gemeindeleiter vor

Der Geschäftsführer des evangelikalen Missionswerks „Overseas Training“, Pfarrer Andreas Kammer (Untermünkheim bei Schwäbisch Hall), besuchte vor kurzem „Pars“ in England. Wie er gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, geht die iranische Religionspolizei häufig hart gegen die von der Bibelschule ausgebildeten Gemeindeleiter – meist ehemalige Muslime – vor, da ein Übertritt vom Islam zum Christentum verboten ist. So komme es zu Inhaftierungen. Deshalb lebten christliche Konvertiten im Untergrund und hätten kaum Möglichkeiten, sich öffentlich zu begegnen. Nicht selten würden sie auch von ihren Familien verstoßen, was zusätzliche Isolation bedeute. „Mehr als irgendetwas anderes brauchen diese Christen Hirten, die sie begleiten, ermutigen und stärken“, so der Theologe. Das 1994 gegründete Missionswerk „Overseas Council Europe“ unterstützt als Teil des Netzwerkes „Leadership Training Support“ neben „Pars“ weitere rund 150 theologische Ausbildungsstätten und Bibelschulen in etwa 60 Ländern. Schwerpunkt der Hilfe ist die Ausbildung einheimischer Gemeindeleiter, deren Kosten die Kirchen vor Ort in der Regel nicht alleine tragen können. „Overseas Training“ unterstützt die Gemeinden durch Patenschaften für Studenten und Beratung.

Israel: Der souveräne Gott

von Nahalat Yeshua aus Beersheba

Heute ist der 392. Tag des Krieges im Nahen Osten, den die Hamas-Terroristen letztes Jahr am Schabbat (Sa), dem 7. Oktober, Simchat Tora, dem letzten Tag des Laubhüttenfestes, begonnen haben.

Es gibt immer noch über 100 Geiseln, die von der Hamas und anderen Gruppen oder Zivilisten unter erbärmlichen Bedingungen festgehalten werden, von denen viele, wenn nicht sogar die meisten, tot sind.

Noch immer können Hunderttausende Israelis nicht in ihre Häuser im Grenzgebiet zum Gazastreifen und im libanesischen Grenzgebiet zurückkehren. Noch immer werden täglich Raketen und Flugkörper aus dem Libanon abgefeuert, manchmal sogar von der Hamas, ganz zu schweigen vom Iran, was nicht nur Juden, sondern auch Araber und andere in tödliche Gefahr bringt. Das Land ist nach wie vor mehrfach traumatisiert, **doch das Leben geht so weit wie möglich weiter**. Das ist eine jüdische Eigenschaft, die seit Jahrtausenden besteht, denn der wahre und einzig würdige Gott hat sie und das Volk Israel zu seinem Ruhm erwählt. Er macht auf sich aufmerksam durch die Rückkehr des jüdischen Volkes in seine angestammte Heimat, die er ihnen mit einem Eid versprochen hat. Dieser Krieg ist geistlicher Natur und hat mit eben diesen Dingen **des souveränen Schöpfers des Universums und dem Ruhm seines heiligen Namens** zu tun.

Wir (meine Frau und ich) kehrten rechtzeitig nach Israel zurück, um eine Hochzeit in unserer Gemeinde zu feiern. Mark, aus der Ukraine, und Ruth, aus Äthiopien (aber in Israel geboren), heirateten, unser Sohn Evan vollzog die Trauung. Er war damals ihr Jugendleiter gewesen, und sie fragten ihn, ob er aus den USA kommen würde, um sie zu trauen. Mark und Ruth und ihre Familien sind in der Gemeinde sehr aktiv, und sie hatten vor einigen Monaten zivil geheiratet (eine Zoom-Zeremonie in Utah!!) **Es gab viel Freude und Feierlichkeiten, und es ist schön, das zu sehen und zu erleben. Lobet den Herrn!**

AMZI gebet@amzi.org

Jordanien: Bombendrohung im christlichen Buchladen

Unbekannter Besucher versetzt Mitarbeiter des Buchladens in Alarmzustand

(Open Doors, Kelkheim) – Besucher sind in dem Laden der jordanischen Bibelgesellschaft (BSOJ) herzlich willkommen. Seit über 50 Jahren bringt der Dienst durch das Angebot von Bibeln in arabischer Sprache den Menschen im Land das Evangelium. Doch der Druck auf Christen wächst. Am vergangenen Dienstag wurde das den Mitarbeitern des Ladens deutlich vor Augen geführt. Munther Namat, Generalsekretär der BSOJ, berichtet.

„Wie soll ich den Laden in die Luft jagen?“

„Am 22. Oktober, gegen 15 Uhr, betrat ein Mann in den Dreißigern mit einem Rucksack die Buchhandlung. Zu der Zeit waren zwei unserer ehrenamtlichen und einer unserer angestellten Mitarbeiter anwesend. Der Mann fragte, ob wir auch nichtchristliche Bücher hätten und ob unsere Bücher christliche Ideologie enthielten. Nachdem er die Ausrichtung unserer Literatur verstanden hatte, stellte er mehrere Fragen über Christus und seine Wiederkunft. Unzufrieden mit unseren Antworten und dem Gesprächsverlauf, wandte er sich an eine der Ehrenamtlichen und fragte sie: ‚Wie soll ich den Laden in die Luft jagen? Soll ich eine Bombe benutzen?‘ Dann verließ der Mann die Buchhandlung.

Wir haben den Vorfall sofort den Behörden gemeldet, die aktiv nach der Person fahnden. Leider ist es ihnen bislang noch nicht gelungen, ihn festzunehmen.“

Trotz „Angst wie nie zuvor“: Mitarbeiter vertrauen auf Gottes Schutz

Nur wenige Tage zuvor, am 19. Oktober, war die Internationale Buchmesse in Amman zu Ende gegangen. Dort ist die BSOJ regelmäßig mit einem Stand vertreten. Ohne nähere Einzelheiten zu nennen, berichtet Namat von Schwierigkeiten und Herausforderungen während der gesamten Dauer der diesjährigen Messe. Er sagt: „Obwohl es keine Anzeichen dafür gibt, dass zwischen beidem eine Verbindung besteht, verursacht die Aufeinanderfolge von Druck und Drohungen eine erhebliche mentale und emotionale Belastung für das Team.“ Doch inmitten der Ungewissheit und der großen Sorgen erkennt Namat auch positive Auswirkungen der schwierigen Situation. „Es hat uns zusammengeführt, als wir uns im Buchladen versammelten, um uns gegenseitig zu ermutigen und zu unterstützen, unsere Freiwilligen eingeschlossen.“

Eine von ihnen ist Gina, die der Besucher direkt angesprochen hatte. Sie sagt: „Ich habe noch nie in meinem Leben so viel Angst verspürt wie in diesem Moment, aber ich werde den Buchladen nicht verlassen und nach Hause gehen. Ich will weiter dienen.“

Das Team bittet um Gebet für Schutz und eine Fortführung der Arbeit der BSOJ im Land. Namat sagt: „Wir erinnern uns an das Wort und glauben daran, wenn es dort heißt: ‚Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten und danach nichts mehr tun können. Ich will euch aber zeigen, wen ihr fürchten sollt: Fürchtet den, der, nachdem er getötet hat, Macht hat, in die Hölle zu werfen.‘ (Lukas 12,4-5).“

Quelle: Open Doors Deutschland (30.10.2024)

https://www.opendoors.de/nachrichten/aktuelle-meldungen/jordanien-bombendrohung-im-christlichen-buchladen?pk_campaign=GM&pk_kwd=20241030

Mali: Islamisten fordern von Christen „Schutzsteuer“

Die Einheimischen fürchten, dass dieses Vorgehen Schule macht

Bamako (IDEA) – In der Region Mopti im Südosten von Mali zwingen Islamisten Christen, eine religiöse „Schutzsteuer“ zu zahlen. Die sogenannte Dschizya (Kopfsteuer) gründet sich auf den Koran und richtet sich an Nichtmuslime unter islamischer Herrschaft. Wie das weltweite katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ (Aid to the Church in Need/ACN/München) unter Berufung auf anonyme Gesprächspartner berichtet, hätten Islamisten im Dorf Douna-Pen, nahe der Grenze zu Burkina Faso, von jedem christlichen Erwachsenen umgerechnet rund 40 Euro eingefordert. Die Zahlung sei die Voraussetzung dafür, den christlichen Glauben frei ausüben zu dürfen. Ähnliches sei auch in der Ortschaft Dougouténé passiert. Wie „Kirche in Not“ erklärte, leben in Douna-Pen die meisten Christen der Region. Vor der Steuererhebung hatten Islamisten gefordert, die dortige katholische und evangelische Kirche zu schließen. Lokalen Quellen zufolge dürften Gottesdienste nun zwar stattfinden, jedoch ohne die Nutzung von Musikinstrumenten. Laut „Kirche in Not“ stelle die erhobene Kopfsteuer nur ein weiteres Kapitel in der Geschichte der religiösen Verfolgung in der Region Mopti dar. Die dortigen Bewohner befürchteten, dass die Erhebung der Kopfsteuer ausgedehnt werden könnte. Ein Gesprächspartner erklärte gegenüber dem Werk: „Wenn die Behörden nicht handeln, wird die Bevölkerung ihre Steuern direkt in die Kassen der Terroristen einzahlen, die unter der Flagge des Dschihadismus in Mali agieren.“ Rund 88 Prozent der Bevölkerung Malis sind Muslime. Christen sind mit 2,4 Prozent und ethno-religiöse Gruppen mit 9,4 Prozent vertreten. Mali steht auf Platz 14 des Weltverfolgungsindex von Open Doors, also der Liste von Ländern, in denen Christen am stärksten verfolgt werden.

Moldawien: Arbeitet mit Teenagern

(Licht im Osten: Alexander, Rezina) arbeitet mit Teenagern im Ethikunterricht an öffentlichen Schulen und lädt sie im Anschluss in einen christlichen Jugendclub ein. Dadurch, dass viele Eltern im Ausland Geld verdienen und ihre Kinder bei Nachbarn oder überforderten Großeltern zurücklassen, sind viele jungen Leute ohne elterliche Unterstützung sehr gefährdet. Ein Beispiel: „Als ich in einer Schule vor einem großen Publikum in der Aula über Mobbing sprach, bemerkte ich nach etwa der Hälfte der Zeit, dass ein Mädchen weinte. Ich vermutete, dass sie wahrscheinlich mit dem Problem konfrontiert war, das wir gerade behandelten. Nach dem Unterricht versuchte ich, sie zu finden, um mit ihr zu sprechen, aber sobald der Gong ertönte, verschwand sie in der Menge und ich sah sie nicht mehr. Ich wandte mich an die Klassenlehrerin, erzählte ihr, was ich gesehen hatte, und riet ihr, mit dem Mädchen zu sprechen. Einige Wochen später rief ich die Lehrerin an und es stellte sich heraus, dass das Mädchen tatsächlich gemobbt worden war und sich nun in einem Rehabilitationsprozess mit dem Schulpsychologen befindet. Ein anderer Fall von Mobbing betraf ein Mädchen, das regelmäßig unseren Jugendklub Urban besucht. M. wurde nach einem Suizidversuch (mit Tabletten) ins Krankenhaus eingeliefert. Von der Mutter des Mädchens wurde ich über den Vorfall informiert, und so bat ich in den folgenden Tagen um Erlaubnis, das Mädchen im Krankenhaus besuchen zu dürfen. Zuerst wollte sie nicht darüber sprechen, aber nach und nach gestand sie mit Tränen in den Augen, dass sie sich sehr für ihre Tat schäme. Sie begann, von ihrem Schmerz zu erzählen und ihr Herz auszuschütten. Auch bei ihr hatte das Mobbing tiefe Narben hinterlassen. Da sie etwas pummelig ist, war sie ständig von Teenagern und Mitschülern gehänselt worden. Auch die Abwesenheit ihrer Mutter, mit der sie über ihren Schmerz hätte sprechen können (ihre Mutter war im Ausland), und eine Reihe anderer Situationen in der Schule trieben sie schließlich in den Selbstmordversuch. In einem langen Gespräch riet ich ihr, das Leben als Geschenk Gottes zu schätzen. In den folgenden Tagen hatte ich mehrere weitere Gespräche mit ihr und ihren gestressten Eltern. In den folgenden Wochen besuchte M. wieder den Urban-Klub und es scheint ihr viel besser zu gehen.

☒ Bitte denken Sie in Ihren Gebeten an diese beiden Mädchen, die den Schmerz der Ablehnung und des Mobbings erlebt haben. Möge Gott ihnen gnädig sein, sie heilen und erretten!“

☒ Bitte beten Sie dafür, dass noch viele weitere Jugendliche zu diesem Jugendclub dazukommen, sich für Christus öffnen und sich ihm ganz anvertrauen. Es ist „ein Ort, an dem Jugendliche neue Freunde finden und Antworten auf ihre Fragen ... ein Ort, den sie oft ihr zweites Zuhause nennen“.

Myanmar: Militär bombardiert Kirche

IIRF-D/BA/Tübingen/07.11.24 - Das Militär von Myanmar (Tatmadaw) [zerstörte eine Kirche](#) bei einem Bombenangriff auf das Heimatdorf von Charles Maung Bo, einem hochrangigen Kirchenführer, am 30. Oktober.

Bei dem Angriff im Dorf Mon Hla in der zentralen Region Sagaing wurden keine Opfer gemeldet, und Bo selbst, der in Yangon, Myanmars größter Stadt, lebt, war zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend.

„Sie haben eine ganze Seite der Kirche zerstört“, sagte eine Bewohnerin. Sowohl der Glockenturm als auch das Kirchenschiff seien beschädigt worden.

Bo hat sich bereits in der Vergangenheit gegen Angriffe auf Kirchen ausgesprochen. Im November 2022 appellierte er an die Streitkräfte, einen Dialog zu führen, nachdem bei einem früheren Boden- und Luftangriff auf das Dorf Mon Hla drei Zivilisten getötet worden waren.

Mon Hla hat 3.000 Einwohner, von denen die meisten Christen sind. Es ist eines der historischen Bayingyi-Dörfer der Region, dessen Einwohner von Christen abstammen, die sich im 16. und 17. Jahrhundert dort niederließen.

Die Bewohner versicherten, dass es in der Gegend keine Kämpfe gab, die den Angriff auf das Dorf erklären könnten. Viele Dorfbewohner mussten ein zweites Mal aus ihren Häusern fliehen, als am Tag nach dem Bombenangriff erneut Drohnen auftauchten.

Die Region Sagaing ist seit der Machtergreifung durch das Militär im Februar 2021 besonders von Gewalt betroffen.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/myanmar-military-bomb-church-in-home-village-of-christian-leader/>

Nigeria: Katholischer Priester entführt

im Staat di Imo im Süden des Landes

Abuja (Fides) – In Nigeria wurde ein weiterer katholischer Priester entführt. Es handelt sich um Pfarrer Pater Emmanuel Azubuike, der in der Pfarrei „St. Theresia“ in Obollo (Isiala Mbanu) im südlichen Bundesstaat Imo als Seelsorger tätig ist. Er wurde am 5. November entführt, als er in seine Pfarrei zurückkehrte.

Nach Angaben der Diözese Okigwe wurde Pater Azubuike am 27. September 2014 zum Priester geweiht.

Unterdessen befindet sich der Rektor des Kleinen Seminars in Agenegabode im Bundesstaat Edo im Süden Nigerias, **Pfarrer Thomas Oyode**, der am 27. Oktober entführt wurde, immer noch in den Händen der Entführer (vgl. [AKREF 29/10/2024](#)). (L.M.) (Fides 6/11/2024)

Nigeria: Rektor des Kleinen Seminars ist frei

Er hatte sich im Tausch gegen zwei Schüler als Geisel angeboten

Abuja (Fides) - Pfarrer Thomas Oyode, der Rektor des Kleinen Seminars in Agenegabode im Bezirk Etsako East des Bundesstaates Edo im Süden Nigerias, der am Sonntag, den 27. Oktober entführt wurde, ist frei.

Nach elf Tagen Gefangenschaft wurde der Priester freigelassen. Dies teilen Quellen aus Kreisen der Diözese Auchi mit. „Derzeit befindet sich Pater Thomas zu Untersuchungen unter Beobachtung im Krankenhaus“, wird bestätigt.

Pfarrer Thomas hatte sich im Tausch gegen zwei Seminaristen als Geisel angeboten, die von den Entführern, die das Priesterseminar überfallen hatten, zunächst gefangen genommen worden waren (vgl. [AKREF 29/10/2024](#)). Durch einen glücklichen Zufall feiert Pater Thomas Oyode heute, am 7. November, sein 9-jähriges Priesterjubiläum.

Es gibt unterdessen jedoch Nachrichten über die Entführung eines weiteren Priesters, Pfarrer Christian Uchegbu aus der Diözese Orlu, der gestern, am 6. November, auf dem Rückweg von Port Harcourt im Nigerdelta verschleppt wurde, während Pfarrer Emmanuel Azubuike, am 5. November im Staat Imo in die Hände von Entführern geriet (vgl. [AKREF 6/11/2024](#)). (L.M.) (Fides 7/11/2024)

Pakistan: Muslimische Bürgerwehren gemeinsam mit Behörden gegen Christen

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/07.11.24 - Muslimische Bürgerwehren arbeiten mit Bundesbehörden zusammen, um junge Menschen dazu zu verleiten, blasphemische Inhalte in sozialen Medien zu teilen, um sie hinter Gitter zu bringen, so eine Untersuchung der Nationalen Menschenrechtskommission Pakistans (NCHR).

Ein starker Anstieg von Blasphemiefällen in diesem Jahr, von denen viele gegen Christen und andere religiöse Minderheiten gerichtet sind, steht laut dem NCHR-Bericht im Zusammenhang mit Absprachen zwischen muslimischen Bürgerwehrleuten und Ermittlern der Bundesbehörden. In Pakistan gab es in den ersten sieben Monaten dieses Jahres dreimal so viele Blasphemiefälle wie im gesamten letzten Jahr, so die NCHR-Untersuchung.

Am 25. Juli 2024 saßen 767 Personen, denen Gotteslästerung vorgeworfen wurde, in Gefängnissen in Pakistan ein. 2023 waren es 213; 64 im Jahr 2022, neun im Jahr 2021 und elf im Jahr 2020, wie aus den vom NCHR gesammelten Daten hervorgeht.

„Die meisten Blasphemiefälle wurden in Zusammenarbeit mit einer privaten Einrichtung bei der Cybercrime Unit der Federal Investigation Agency registriert“, so das NCHR. Es fügte hinzu, dass junge Männer durch Verleitungstaktiken ins Visier genommen wurden, bei denen Frauen unter Verwendung von Pseudonymen eingesetzt wurden, um sie zu blasphemischen Aktivitäten im Internet zu verleiten.

Mindestens 594 Verdächtige wegen Blasphemie wurden allein in der Provinz Punjab inhaftiert, gefolgt von 120 in der Provinz Sindh, 64 in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa und zwei in der Provinz Belutschistan, so das NCHR.

Der Bericht folgt auf eine im Januar veröffentlichte Studie der Sonderabteilung der Punjab-Polizei, die erstmals die Existenz eines „Blasphemie-Geschäfts“ aufdeckte, das die umstrittenen Blasphemiegesetze ausnutzt, um Opfer zu erpressen. Dem Bericht der Sonderabteilung zufolge wurden die meisten Fälle von privaten „Bürgerwehrgruppen“ vor Gericht gebracht, die von Anwälten geleitet und von Freiwilligen unterstützt werden, die das Internet nach Straftätern durchforsten. Eine dieser Gruppen war für die Verurteilung von 27 Personen verantwortlich, die in den letzten drei Jahren zu lebenslanger Haft oder zur Todesstrafe verurteilt wurden, wie aus dem Bericht hervorgeht. Es wurde empfohlen, dass die Federal Investigation Agency (FIA) eine gründliche Untersuchung einleitet, um die Finanzierungsquelle der Bürgerwehrgruppen zu ermitteln. Die Reaktion der Behörde ist nicht bekannt.

Die aktivste Bürgerwehr ist die „Legal Commission on Blasphemy Pakistan“, die unter der Leitung von Shiraz Ahmad Farooqi, dem Kläger im Blasphemie-Prozess gegen die 40-jährige Christin Shagufta Kiran, mehr als 300 Fälle verfolgt. Kiran wurde am 18. September von einem Sonderrichter in Islamabad zum Tode verurteilt.

Der Bericht des NCHR forderte eine „umfassende Überprüfung“ der Rollen und Verantwortlichkeiten sowohl der Regierung als auch privater Einrichtungen. Er wies auch auf die unmenschlichen Bedingungen hin, unter denen Blasphemieverdächtige in Gefängnissen leben.

„Personen, die der Blasphemie beschuldigt werden, sind in einzelnen, stark überfüllten Baracken untergebracht, um sie vor möglichen Angriffen oder Bedrohungen durch andere Insassen zu schützen“, berichtete das NCHR. „Diese Anordnung führt jedoch zu unmenschlichen Lebensbedingungen, da die Baracken nicht über angemessene Einrichtungen verfügen und stark überfüllt sind.“

Die Inhaftierten sind Zwang, Erpressung und Druck durch die an ihrer Verstrickung beteiligten Bürgerwehrleute ausgesetzt, „die sie manchmal dazu ermutigen, sich an weiteren kriminellen Aktivitäten innerhalb des Gefängnisses zu beteiligen“, heißt es in dem Bericht.

Das NCHR empfahl, die höchsten Regierungs- und Justizebenen einzuschalten, um die Beteiligung der FIA an muslimischen Einzelpersonen und Bürgerwehrgruppen, die Menschen in die Falle locken, zu untersuchen. Es wurde auch die Bildung eines gemeinsamen Ermittlungsteams aus Beamten der Sonderabteilung des Geheimdienstes, des Justiz- und des Innenministeriums, der FIA und anderer relevanter Abteilungen zur Untersuchung von Blasphemiefällen gefordert.

Bloße Anschuldigungen wegen Blasphemie können im mehrheitlich muslimischen Pakistan öffentliche Empörung auslösen und manchmal zu Gewalt durch den Mob führen. Hunderte von Menschen wurden wegen angeblicher Blasphemie angeklagt und inhaftiert, und einige wurden zum Tode verurteilt. Jedoch wurde bisher noch niemand hingerichtet.

Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen stellte am 17. Oktober fest, dass es den pakistanischen Behörden nicht gelungen ist, eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen einzudämmen, darunter eine starke Zunahme von Gewalt im Zusammenhang mit Blasphemie. Der Ausschuss äußerte sich zutiefst besorgt über die häufigen Angriffe auf religiöse Minderheiten, darunter Blasphemievorwürfe, gezielte Tötungen, Lynchmorde, Gewalt durch den Mob, Zwangskonvertierungen und Schändung von Gotteshäusern, und stellte fest, dass die pakistanische Gesellschaft zunehmend intolerant gegenüber religiöser Vielfalt geworden ist.

„Religiöse Minderheiten sind angesichts des zunehmenden religiösen Radikalismus einer ständigen Bedrohung durch Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt“, so das Komitee.

Quelle: <https://morningstarnews.org/2024/11/christians-others-entrapped-in-blasphemy-charges-report-says/>

Russland: "Kinder auf unseren Straßen leiden an geistlichem Hunger"

(Licht im Osten, Irina (Leiterin einer Kinder-Theatergruppe) berichtet): „Die Kinder auf unseren Straßen leiden an geistlichem Hunger, während wir die wunderbare Botschaft haben, dass Jesus das Brot des Lebens ist. Welch ein Vorrecht, ihnen sagen zu können, dass sie nie mehr hungern müssen, wenn sie Jesus kennenlernen! Wann immer wir einem Kind begegnen, fragen wir uns, ob es das Evangelium schon gehört hat ... Genau aus diesem Grund wurde unser christlicher Kinderklub gegründet. Wir haben uns entschlossen, gerade durch die Kinder, die in diesem Klub mitarbeiten, nicht nur an die leeren Kinderherzen zu klopfen, sondern auch an die verhärteten Herzen der Erwachsenen ... In letzter Zeit kommen Kinder aus dem Publikum zu uns, bleiben bei uns, arbeiten mit und erfahren so ganz persönlich Gottes Liebe. Besonders freue ich mich, wenn sich diese Kinder dann taufen lassen. Durch sie wirkt der Heilige Geist auch in ihren Familien, die Eltern sehen das Leben ihrer Kinder und fangen an, über Gott nachzudenken. Heute haben wir in unserem Klub nicht nur Kinder, sondern auch Jugendliche. Und viele bleiben bei uns, selbst, nachdem sie Eltern geworden sind.“

☒ Danken Sie mit uns für dieses wertvolle Werkzeug in Gottes Hand!

☒ Beten Sie bitte für den Klub, dass immer neue Kinder dazustoßen, mitwirken und zu einer ganz persönlichen Vertrauensbeziehung zu Gott finden.

☒ Bitte beten Sie für die geplanten Weihnachtsaufführungen, für die aufwendigen Vorbereitungen (Kulissen, Kostüme, Proben, Erstellung von Playbacks), um Gesundheit für Irina und die Klubmitglieder, um offene Türen zu sozialen und kulturellen Einrichtungen, um funktionstüchtige Fahrzeuge und Musiktechnik und dafür, dass Kinder und Familien durch diese kreative und liebevolle Art der Verkündigung zu Christus finden.

„Seit kurzem besuchen wir mit großer Freude zwei Altenheime. Das eine können wir nur bei schönem Wetter besuchen, es gibt dort keinen Saal, sodass wir das Programm draußen direkt an der Treppe aufführen. Das hat aber auch den Vorteil, dass die Menschen in den Nachbarhäusern von ihren Fenstern aus sehen und hören können, worüber wir sprechen.“ **Bitte beten Sie**

☒ dafür, dass auch in oder vor Altenheimen Vorführungen zu Weihnachten möglich sind und die Botschaft von Gottes Liebe die Herzen erreicht.

☒ um Bewahrung, Kraft und Hilfe, denn diese evangelistischen Einsätze sind oft mit Anfechtungen verbunden.

Sudan: Christliche Flüchtlinge aus ihren Häusern vertrieben

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/07.11.24 - Muslime im sudanesischen Bundesstaat River Nile haben am 19. Oktober 34 vertriebene Christen aus ihren Häusern vertrieben.

Die muslimischen Bewohner des Gebiets El Matamah in Al-Makniya sagten den Christen nubischer Abstammung, die vor den militärischen Auseinandersetzungen in Omdurman in der Nähe von Khartum geflohen waren, dass sie weder Christen noch Schwarze in der Gegend haben wollten, wie aus einem Bericht auf der Website der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung-Nord (SPLM-N) hervorgeht.

Ein Kirchenführer aus der Region bestätigte den Bericht der SPLM-N gegenüber Morning Star News. Obwohl die muslimischen Bewohner die Christen zunächst des Viehdiebstahls und der Verletzung islamischer Gesetze beschuldigten, teilte ein Polizeibeamter den Christen mit, dass die Bewohner ihre Anwesenheit im Wesentlichen aus religiösen Gründen ablehnten, wie auf der [Website der SPLM-N](#) zu lesen ist. Die Behörden hätten die Viehdiebe, die keine Christen waren, später festgenommen.

Laut SPLM-N erschienen letzten Monat zunächst etwa 30 Bewohner am Haus einer der vertriebenen christlichen Familien und forderten sie auf, ihre Häuser zu räumen und die Gegend zu verlassen. Später stellten mehr als 50 Muslime dieselbe Forderung, und als die Christen sich weigerten zu gehen, erschien einige Tage später eine noch größere Menge von Nachbarn und forderte sie auf, innerhalb von drei Tagen zu gehen.

„Wir wollen euch hier überhaupt nicht haben und geben euch drei Tage Zeit, um das Haus zu räumen“, sagte ihnen einer der Bewohner laut SPLM-N. „Wir kümmern uns nicht um das Gesetz und machen alles selbst ... Ich bin ein Rassist und will keine Schwarzen hier haben.“

Die Vertriebenen baten die Polizei um Hilfe, erhielten jedoch keine Antwort, wie ein Christ, der nur als Y.M.T. identifiziert wurde, der SPLM-N mitteilte. Die Beamten sagten den Christen, dass niemand eine Beschwerde gegen sie eingereicht habe. Später baten die muslimischen Bewohner die Polizei um eine Ausweisungsverfügung, die laut Y.M.T. abgelehnt wurde.

Als die muslimischen Bewohner dann bei der Staatsanwaltschaft einen Räumungsbefehl für das Gebiet beantragten, lehnte das Büro ihren Antrag ab, da keine Beweise für Anklagen vorlagen, berichtete Y.M.T. der SPLM-N.

Die Hilferufe der Christen an andere örtliche Beamte stießen auf taube Ohren.

Der muslimische Bewohner Barai Khader forderte Berichten zufolge einen der Christen, Darius Yasser Hussein, auf, ein Kreuz zu entfernen und zum Islam zu konvertieren, so die SPLM-N.

„Einer der Beamten, der darum bat, seinen Namen nicht gegenüber der Familie zu nennen, sagte, dass das Problem im Grunde religiös sei und nichts mit den oben genannten Anschuldigungen zu tun habe“, sagte einer der Christen gegenüber SPLM-N.

Die muslimischen Bewohner kamen am 19. Oktober zu den Häusern der Christen und vertrieben sie gewaltsam aus Al-Makniya, so SPLM-N.

„Während wir auf die rechtlichen Verfahren warteten und diese verfolgten, kamen die Bewohner der Nachbarschaft am Samstag, dem 19. Oktober 2024, zu uns und vertrieben und deportierten uns aus dem Gebiet Makniya, ohne dass uns eine offizielle Stelle vor Ort Schutz gewährte, obwohl sie davon wussten“, berichtete der Christ der SPLM-N. „Wir wurden zum zweiten Mal gewaltsam vertrieben, da die Hälfte von uns nach Shendi [Bundesstaat am Nil] ging, während die andere Hälfte es vorzog, nach Omdurman zurückzukehren, um eine Wiederholung religiöser, ethnischer und regionaler Diskriminierung zu vermeiden.“

Er rief Menschenrechtsorganisationen und humanitäre Helfer auf, ihnen zu helfen.

„Wir befinden uns derzeit in einer sehr schlechten humanitären Lage, da wir unsere Unterkunft verloren haben. Und wir haben Kinder, Frauen und ältere Menschen“, sagte der Christ der SPLM-N.

In Omdurman, auf der anderen Seite des Nils von Khartum, dauern die Kämpfe und der Beschuss zwischen den Rapid Support Forces (RSF) und den sudanesischen Streitkräften (SAF) an.

Die Kämpfe im Sudan zwischen den paramilitärischen RSF und den SAF brachen im April 2023 aus. Der Konflikt zwischen den RSF und den SAF, die sich nach einem Staatsstreich im Oktober 2021 die Militärherrschaft im Sudan geteilt hatten, hat die Zivilbevölkerung in Khartum und anderswo terrorisiert und 11,2 Millionen Menschen innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen vertrieben, so das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen.

General Abdelfattah al-Burhan von der SAF und sein damaliger Vizepräsident, der RSF-Führer Mohamed Hamdan Dagalo, waren an der Macht, als sich zivile Parteien im März 2023 auf einen Rahmen für die Wiederherstellung eines demokratischen Übergangs im nächsten Monat einigten, aber Meinungsverschiedenheiten über die Militärstruktur die endgültige Zustimmung torpedierten.

Burhan wollte die RSF – eine paramilitärische Truppe mit Wurzeln in den Dschandschawid-Milizen, die dem ehemaligen Machthaber Omar al-Bashir bei der Niederschlagung von Rebellen geholfen hatten – innerhalb von zwei Jahren der Kontrolle der regulären Armee unterstellen, während Dagalo eine Integration innerhalb von nicht weniger als zehn Jahren akzeptieren würde. Der Konflikt eskalierte am 15. April 2023 in militärische Kämpfe.

Beide Militärführer haben einen islamistischen Hintergrund, versuchen aber, sich der internationalen Gemeinschaft als Verfechter der Demokratie und der Religionsfreiheit zu präsentieren.

Christliche Stätten sind seit Beginn des Konflikts [Ziel von](#) Angriffen.

In der Weltbeobachtungsliste 2024 von Open Doors, in der die Länder aufgeführt sind, in denen es am schwierigsten ist, Christ zu sein, belegte der Sudan Platz 8, im Vorjahr lag er noch auf Platz 10, da die Angriffe nichtstaatlicher Akteure anhielten und Reformen zur Religionsfreiheit auf nationaler Ebene nicht auf lokaler Ebene umgesetzt wurden.

Nach zwei Jahren der Fortschritte bei der Religionsfreiheit im Sudan nach dem Ende der islamistischen Diktatur unter Bashir im Jahr 2019 kehrte mit dem Militärputsch vom 25. Oktober 2021 das Gespenst der staatlich geförderten Verfolgung zurück. Nachdem Bashir im April 2019 nach 30 Jahren an der Macht gestürzt worden war, war es der zivil-militärischen Übergangsregierung gelungen, einige Bestimmungen der *Scharia* (islamisches Recht) aufzuheben. Sie verbot die Bezeichnung einer religiösen Gruppe als „Ungläubige“ und hob damit die Apostasiegesetze auf, die das Verlassen des Islam mit dem Tod bestrafen.

Mit dem Staatsstreich vom 25. Oktober 2021 befürchteten die Christen im Sudan die Rückkehr der repressivsten und härtesten Aspekte des islamischen Rechts. Abdalla Hamdok, der seit September 2019 als Premierminister eine Übergangsregierung geführt hatte, stand fast einen Monat lang unter Hausarrest, bevor er im November 2021 freigelassen und im Rahmen eines wackeligen Abkommens zur Machtteilung wieder eingesetzt wurde.

Hamdok hatte sich mit der Beseitigung der langjährigen Korruption und eines islamistischen „tiefen Staates“ aus Bashirs Regime auseinandersetzen müssen – demselben tiefen Staat, der verdächtigt wird, die Übergangsregierung beim Putsch vom 25. Oktober 2021 beseitigt zu haben.

Das US-Außenministerium hat den Sudan 2019 von der Liste der Länder gestrichen, die „systematische, anhaltende und ungeheuerliche Verletzungen der Religionsfreiheit“ begehen oder tolerieren, und ihn auf eine Beobachtungsliste gesetzt. Der Sudan war zuvor von 1999 bis 2018 als CPC (countries of particular concern) eingestuft worden.

Im Dezember 2020 nahm das Außenministerium den Sudan von seiner Special Watch List.

Die christliche Bevölkerung des Sudan wird auf 2 Millionen geschätzt, was 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung von mehr als 43 Millionen entspricht.

<https://morningstarnews.org/2024/11/displaced-christians-in-sudan-driven-from-homes/>

Uganda: 14 Menschen durch Blitzschlag im Gottesdienst getötet

Die Christen hatten sich zum Gebet in ihrem Flüchtlingslager getroffen

Kampala (IDEA) – In Uganda sind 14 Menschen durch einen Blitzschlag getötet worden, als sie einen Gottesdienst in einem Flüchtlingslager feierten. 34 weitere wurden verletzt. Das teilte die ugandische Polizei auf X (ehemals Twitter) mit. Der Unfall ereignete sich demnach am 2. November im Lager Palabek, das sich im Lamwo-Distrikt im Nordwesten des ostafrikanischen Landes befindet. Ein Sprecher der Polizei sagte BBC News, dass es sich bei den Opfern um 13 Jugendliche und einen Erwachsenen im Alter von 21 Jahren gehandelt habe. Zum Hintergrund: In Uganda lebt eine große Zahl von Flüchtlingen; allein im Lager Palabek sind es 80.000. Ein großer Teil stammt aus dem Südsudan. Viele sind während der bewaffneten Konflikte gekommen, die das nördliche Nachbarland erschüttert haben. Im Jahr 2011 erlangte der mehrheitlich von Christen bevölkerte Süden nach zwei Bürgerkriegen (1955–1972 und 1983–2005) seine Unabhängigkeit vom islamisch geprägten Sudan. Kurz darauf brachen jedoch im neuen Staat Konflikte (2013–2018) zwischen den verschiedenen Ethnien auf, bei denen es vor allem um die Kontrolle von Ressourcen und Machtpositionen im Land ging. Bis heute leidet der Südsudan unter Korruption und Instabilität.

Ukraine: Etwa 300 Ermittlungs- bzw. Strafverfahren gegen Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen

AKREF-A/07.11.24 - Seit dem Sommer 2024 hat die Zahl der Anklagen nach Artikel 336 des ukrainischen Strafgesetzbuchs sprunghaft zugenommen, nachdem die Generalstaatsanwaltschaft ein Schreiben an die lokalen Staatsanwälte gerichtet hatte, in dem diese anscheinend aufgefordert wurden, Freisprüche von Wehrdienstverweigerern aus Gewissensgründen durch lokale Gerichte zu bekämpfen.

Derzeit sind strafrechtliche Ermittlungen gegen etwa 300 Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen im Gange, die, sollten sie zu Gerichtsverfahren führen, die mit einem Schuldspruch enden, Freiheitsstrafen von 3 bis 5 Jahren nach sich ziehen könnten.

Bisher (Stand Ende Oktober 2024) kamen 89 Fälle, die 86 Personen betreffen, vor Gericht. Neun Angeklagte wurden zu unbedingten, elf zu bedingten Freiheitsstrafen verurteilt. Einer dieser Wehrdienstverweigerer befindet sich bereits im Gefängnis. Die Verfahren gegen die verbleibenden 66 Personen sind noch nicht abgeschlossen.

Nach der russischen Invasion im Februar 2022 rief die Ukraine das Kriegsrecht aus. Seit diesem Zeitpunkt können alle zwischen 18 und 60 alten Männer im Rahmen einer Generalmobilmachung einberufen werden und dürfen auch das Land nicht verlassen. Das ukrainische Verteidigungsministerium besteht darauf, dass selbst der in Friedenszeiten erlaubte, Einschränkungen unterliegende Wehersatzdienst in Kriegszeiten nicht existiert.

Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen können gemäß Artikel 336 des Strafgesetzbuchs (Verweigerung der Einberufung zum Militärdienst bei Mobilmachung oder in einer speziellen Periode und zum Militärdienst anlässlich der Einberufung von Reservisten in einer speziellen Periode“) strafrechtlich verfolgt werden. Im Falle eines Schuldspruchs droht eine Freiheitsstrafe von drei bis fünf Jahren.

Das Büro des Parlamentarischen Menschenrechtskommissars (Ombudsmannes) Dmytro Lubinets antwortete nicht auf die Anfrage von Forum 18, welche Maßnahmen man im Fall der strafrechtlichen Verurteilung von Personen setzt, die während der Geltung des Kriegsrechts nicht im Militär dienen können und was man unternimmt, damit die Ukraine ein neues Gesetz oder eine Gesetzesnovelle versabschiedet, damit Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht nur in Friedenszeiten sondern auch in Kriegszeiten zivilen Wehersatzdienst leisten können.

Drei Fälle der Verweigerung des Rechts auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen werden vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angefochten, darunter die Abweisung der Berufung des Adventisten Dmytro Zelinsky gegen seine Verurteilung und Haft durch den Obersten Gerichtshof in Kiew als letzte innerstaatliche Instanz.

Am 10. Oktober sind Beamte des Verteidigungsministeriums, der Staatlichen Behörde für Volksgruppenpolitik und Gewissensfreiheit („DESS“) und anderer staatlicher Stellen hinter verschlossenen Türen zusammengetreten, um über das strittige Thema des zivilen Wehersatzdienstes in Kriegszeiten zu beraten. „Es war eine ernsthafte Diskussion und das Verteidigungsministerium hat eingeräumt, dass diese Frage viele Menschen betrifft“, erklärte eine mit der Materie vertraute Person gegenüber Forum 18. Forum 18 fragte bei Viktor Yelensky, dem Leiter der Behörde DESS nach, welche Fortschritte bei der Besprechung vom 10. Oktober und auch sonst in Richtung der Einführung eines zivilen Wehersatzdienstes erzielt wurden, der zu allen Zeiten zur Verfügung steht. „Ich bin derzeit extrem beschäftigt mit dieser Angelegenheit, trotz enormen Drucks anderer Verantwortlichkeiten“, erklärte er gegenüber Forum 18. „Derzeit kann ich über keinen Fortschritt berichten“.

Die Mehrheit der Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen sind Zeugen Jehovas. Die übrigen sind Christen verschiedener Konfessionen, darunter Siebenten-Tags Adventisten, Baptisten und Mitglieder von Pfingstgemeinden, sowie auch nicht religiöse Pazifisten.

Auch gegen Leiter christlicher Gemeinden sind Ermittlungen gemäß Artikel 336 des Strafgesetzbuchs im Gange, darunter Pastor Yuriy Harkusha von der Baptistengemeinde Christus Erlöser in Cherson, und Mykhailo Savochka, Pastor der Pfingstgemeinde Erlösung in Vasylykiv in der Region Kiew.

Viele Wehrdienstverweigerer haben ihre Bereitschaft bekundet, zivilen Wehersatzdienst zu leisten, so etwa beim Roten Kreuz (<http://redcroiss.org.ua>), das dringend Freiwillige sucht.

Auch die Zeugen Jehovas betonen, dass ihre Männer zur Leistung von Wehersatzdienst bereit sind und weisen darauf hin, dass sich Zeugen Jehovas in Russland, wo die Gemeinschaft als „extremistisch“ verboten ist, aus Gewissensgründen nicht am Krieg gegen die Ukraine beteiligen. Sie erklärten, dass mindestens 500 Zeugen Jehovas auf dem gesamten Staatsgebiet der Ukraine freiwillig Sozialdienste für die Gemeinschaft geleistet haben bzw. leisten, sei es auf eigene Initiative oder auf Aufforderung durch Gemeindebehörden, darunter die Lieferung von Hilfsgütern, Aufbau von Notquartieren auf öffentlichen Grundstücken, Renovierung beschädigter Häuser und Wohnungen und ähnliche Arbeiten.

Militärangehörige und Angestellte in Rekrutierungsbüros und Militäreinheiten üben Druck auf Männer, darunter Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen, aus, um sie zum Wehrdienst zu zwingen. Es kommt zu willkürlichen Verhaftungen, wobei die Männer in manchen Fällen einige Monate festgehalten werden, Essensentzug und Schlägen. Den Männern werden Haftstrafen oder nicht näher genannte Konsequenzen angedroht.

Quelle: Forum 18, Oslo (Bericht vom 1. November 2024)

Deutsche Fassung: Arbeitskreis Religionsfreiheit der ÖEA

Vietnam: Gefangener des Monats

Hauskirchenleiter nach Haftstrafe weiter gefangen? Kommunistische Staatsführung soll Auskunft geben zum Schicksal von Y Hriam Kpa



Der vietnamesische Christ Y Hriam Kpa. Foto: Privat/IDEA

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Zum „Gefangenen des Monats November 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den vietnamesischen Christen Y Hriam Kpa benannt. Der 48-jährige aus der Volksgruppe der Jarai war Leiter einer evangelischen Hauskirche. Trotz enormen Drucks der Behörden war er nicht bereit, seine Gemeinschaft der staatlichen Kontrolle durch die Kommunisten zu unterwerfen. Schließlich widersetzte er sich der Auflösung seiner Hauskirche. Am 30. Juli 2015 wurde er festgenommen. Wie später bekannt wurde, erfolgte eine Verurteilung wegen „Gefährdung der nationalen Einheit“ zu sieben Jahren Gefängnis und zu einer zusätzlichen Bewährungsstrafe von drei bis fünf Jahren. Beobachter erwarteten 2022 seine Freilassung aus dem Dak Trung-Gefängnis in der Distrikthauptstadt M'Drak (Provinz Dak Lak). Sein Aufenthaltsort ist aber seither unbekannt. Es wird befürchtet, dass er nach wie vor nicht in Freiheit ist. Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, sich in schriftlichen Appellen an den vietnamesischen Staatspräsidenten Luong Cuong zu wenden. Er solle alles in seiner Macht Stehende veranlassen, um die Öffentlichkeit über Aufenthaltsort und Gesundheitszustand Kpas zu informieren und gegebenenfalls endlich seine bedingungslose Freilassung zu erwirken. Laut der Organisation Human Rights Watch sind in Vietnam derzeit mehr als 160 Bürger wegen der friedlichen Ausübung ihrer grundlegenden bürgerlichen und politischen Rechte inhaftiert.

MUSTERBRIEF

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Weltweit: Adventisten verzeichnen größten Mitgliederzuwachs ihrer Geschichte

Die Freikirche nahm 2023 weltweit 1,46 Millionen neue Mitglieder auf

Silver Spring (IDEA) – Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ist 2023 so stark gewachsen wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Das berichtet der Adventistische Pressedienst (APD/Ostfildern) unter Berufung auf die adventistische Weltkirchenleitung (Generalkonferenz/Silver Spring im US-Bundesstaat Maryland). Danach wurden weltweit insgesamt 1,46 Millionen neue Mitglieder aufgenommen. Zum 31. Dezember 2023 hatte die Freikirche damit rund 22,8 Millionen Mitglieder in 100.760 Kirchengemeinden und 74.384 Gruppen. Wie die Generalkonferenz weiter mitteilte, standen den 1,46 Millionen Neuaufnahmen aber auch rund 837.000 Austritte gegenüber. In den vergangenen rund 60 Jahren hätten die Siebenten-Tags-Adventisten weltweit insgesamt 45,1 Millionen Neumitglieder aufgenommen, aber auch rund 19,4 Millionen Mitglieder durch Austritt verloren. Das bedeute, dass „mehr als vier von zehn Kirchenmitglieder die Kirche verlassen“, erklärte der Archivar der Weltzentrale, David Trim. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten wurde 1863 in den USA gegründet. Die Adventisten feiern im Unterschied zu anderen Kirchen den Sonnabend und nicht den Sonntag als Ruhetag. Sie legen viel Wert auf eine gesunde Lebensführung, sind oft Vegetarier und lehnen Alkohol, Tabak sowie andere Drogen ab. In Deutschland sind sie Gastmitglieder in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF).

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]